

Niederschrift

**über die gemeinsame Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses mit dem
Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz**

am 05.07.2018

Tagungsort: Else-Zimmermann-Saal, Technisches Rathaus

Beginn: 15:30 Uhr

Ende: 15:55 Uhr

Anwesend:

Stadtentwicklungsausschuss

CDU

Herr Simon Lange

Herr Ralf Nettelstroth

Herr Holger Nolte

Stellvertretender Vorsitzender

Herr Frank Strothmann

Herr Werner Thole

SPD

Frau Dorothea Brinkmann

Herr Hans-Georg Fortmeier

Vorsitzender

Herr Hans-Jürgen Franz

Frau Susanne Kleinekathöfer

Frau Karin Schrader

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stephan Godejohann

Frau Doris Hellweg

Herr Jens Julkowski-Keppler

BfB

Frau Barbara Pape

Die Linke

Herr Bernd Vollmer

Bürgernähe/Piraten

Herr Christian Heißenberg

Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz

CDU

Herr Carsten Krumhöfner

Herr Simon Lange

Herr Holger Nolte

Herr Alexander Rüsing

Stellvertretender Vorsitzender

Herr Werner Thole

SPD

Frau Dorothea Brinkmann
Herr Hans-Georg Fortmeier
Herr Ulrich Gödde
Frau Anne Catrin Rudolf
Frau Karin Schrader

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Klaus Feurich
Frau Doris Hellweg
Herr Jens Julkowski-Keppler Vorsitzender

Die Linke

Herr Matthias Benni Stiesch

Bürgernähe/Piraten

Frau Caroline Banna-Köthemann

UBF

Herr Alexander Spiegel von und
zu Peckelsheim

Beratende Mitglieder

FDP

Herr Gregor Spalek Vertreter einer Gruppe

Sachkundige Einwohner

Herr Cemil Yildirim Integrationsrat

Entschuldigt fehlt:

Beratende Mitglieder

Herr Jürgen Heuer Beirat für Behindertenfragen

Verwaltung:

Frau Erste Beigeordnete Anja Ritschel	Dezernat 3
Herr Martin Wörmann	Umweltamt
Herr Bernd Reidel	Umweltamt
Frau Dagmar Maaß	Umweltamt
Frau Katrin Köppe	Umweltamt
Herr Dieter Ellermann	Bauamt
Frau Catrin Hedwig	Bauamt
Herr Bodo Temmen	Bauamt
Frau Jessica Volke	Bauamt
Herr Gerd Herjürgen	Bauamt
Frau Silke Ostermann	Bauamt, Schriftführung

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Fortmeier begrüßt die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses und des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz und teilt mit, dass er in Abstimmung mit Herrn Julkowski-Keppler den Vorsitz der gemeinsamen Sitzung übernehmen werde. Die Schriftführung der Sitzung werde von Frau Ostermann übernommen.

Sodann stellt er die Beschlussfähigkeit des Stadtentwicklungsausschusses sowie die form- und fristgerechte Einladung zur Sitzung fest. Herr Julkowski-Keppler verfährt für sein Gremium entsprechend.

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis und ist einverstanden -

-.-.-

Zu Punkt 1 **Änderungsverfahren für den Landesentwicklungsplan NRW (LEP), Beteiligung der Träger öffentlicher Belange hier: Bericht und Stellungnahme der Stadt Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6960/2014-2020

Drucksachennummer: 6986/2014-2020

Die FDP-Ratsgruppe hat zu diesem TOP folgenden Antrag (Ds.-Nr. 6986/2014-2020) eingereicht:

Stadtentwicklungsausschuss und der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz empfehlen dem Rat zu beschließen:

- 1. Die Stadt Bielefeld begrüßt ausdrücklich die vorgeschlagene Neuformulierung des LEP und die damit einhergehenden Flexibilisierungen, die es der Stadt Bielefeld erlauben, dem dringenden Flächenbedarf für Wohnen und Gewerbe gerecht zu werden. Insbesondere die Aufhebung des 5 ha-Ziels und die damit verbundenen pragmatischen Anpassungen sind eine wichtige Grundlage, Bielefeld als wachsende Stadt besser ausgestalten zu können.*
- 2. Die Stadt Bielefeld begrüßt die Neuregelungen zur Windkraft und die Nicht-Herabstufung des Flughafens Paderborns.*
- 3. Die Stadt Bielefeld schließt sich darüber hinaus der im Sinne der Detmolder Erklärungen von SPD, CDU und FDP im Regionalrat Detmold verfassten und beschlossenen Stellungnahme (Anlage C) an.*

Herr Temmen gibt anhand einer Power-Point-Präsentation einen Überblick über die wesentlichen Aspekte der Stellungnahme der Stadt Bielefeld in dieser Beschlussvorlage. Die Stadt Bielefeld habe sich bereits in 2014 und 2016 zum Landesentwicklungsplan und seiner Änderung verhalten. Die wesentlichen Inhalte der Änderung zum LEP 2018 seien in der Beschlussvorlage vorgestellt und erläutert. Der Entwurf der Stellungnahme der Stadt Bielefeld zur Änderung des Landesentwicklungsplanes NRW befinde sich in der Anlage A der Beschlussvorlage.

Herr Fortmeier dankt für den Vortrag und eröffnet die Aussprache und Diskussion.

Für Herrn Vollmer sind die Ausarbeitungen der Verwaltung sehr gut nachvollziehbar. Sie geben auch im Wesentlichen die Diskussion im Regionalrat wieder. Seine Fraktion werde dieser Beschlussvorlage insgesamt zustimmen. Kritisch sehe er die Betrachtung der Ortsteile mit bis zu 2000 Einwohnern. Die Regelungen bezüglich der Abstände im LEP seien handwerklich schlecht gemacht. Die 1500 m Vorsorgeabstand für Windenergieanlagen beziehen sich auf den Allgemeinen Siedlungsbereich (ASB-Flächen). Es gebe keine Festlegung zu den im Freiraum gelegenen Siedlungsgebieten. Hier müsse im LEP nachgebessert werden. Seine 2. kritische Anmerkung beziehe sich auf die industrielle Tierhaltung. Seine Fraktion tendiere dazu, die traditionelle bäuerliche Landwirtschaft zu unterstützen. Bei industriellen Tierställen gebe es hinsichtlich des Emissionsschutzes klare Regelungen für den Allgemeinen Siedlungsbereich. Klare Regelungen für Siedlungsbereiche im Freiraum seien wiederum nicht vorhanden. Er finde die Formulierungen in der Stellungnahme der Stadt Bielefeld zu den im Freiraum liegenden Ortsteilen unter 2000 Einwohnern kritisch.

Herr Franz stellt fest, dass der Landesentwicklungsplan in den vergangenen Jahren eine sehr kontroverse Entwicklung genommen hat. Die Stellungnahme erscheine angemessen, richtig und klarstellend. Seine Fraktion werde die Vorlage unterstützen.

Für Herrn Feurich war absehbar, dass nach dem Wechsel der Landesregierung wichtige Bestandteile des Landesentwicklungsplanes nicht beibehalten werden. Bedauerlich sei der Wegfall der 5 ha-Regel, die Streichung des Nationalparks Senne und die völlig unpraktikablen Abstandsflächen für Windenergieanlagen. Durch die geänderten Abstandsflächen sei es in Bielefeld auch in existenten Windvorranggebieten quasi unmöglich Windenergieanlagen zu errichten. Dieses bedeute faktisch das Ende für Windenergieanlagen in Bielefeld. Ohne die 5 ha-Regel sei ein nachhaltiger und verantwortungsvoller Umgang mit Flächen nicht greifbar und bleibe völlig abstrakt und willkürlich. Ohne eine Begründung sei die mögliche Ausweisung eines künftigen Nationalparks Senne gestrichen worden. Gerade die Möglichkeit zur Errichtung eines Nationalparks sei unbedingt notwendig. Vor dem Gesamthintergrund befürworte seine Fraktion die Stellungnahme der Verwaltung. Der Antrag der FDP stehe den Zielen seiner Fraktion entgegen und könne nicht mitgetragen werden.

Herr Nolte begrüßt ausdrücklich, dass der LEP durch die neue Landesregierung entschlackt wurde und dadurch Fallstricke und Hemmnisse für Investoren, Unternehmen und Privatleute herausgenommen wurden. Es handele sich definitiv um die Wegnahme einer Wachstumsbremse der vorherigen Landesregierung. Die Stellungnahme der Stadt Bielefeld enthalte einige Punkte, die seine Fraktion kritisch sehe. In der Sache werden sie der Stellungnahme ihre Zustimmung geben, weil sie der Auffassung sind, dass hier eine gemeinsame Stimme, wie auch in den letzten Jahren Sinn mache.

Herr Spalek meint, dass man sich auf die wirklichen Bedürfnisse konzentrieren müsse. Gewerbeansiedlungen seien im Interesse der Stadt und es sei nicht einzusehen, warum man diese ablehnen soll. Die FDP schlage vor, sich der Stellungnahme des Regionalrates anzuschließen.

Herr Nettelstroth ist der Auffassung, dass der FDP-Antrag überflüssig ist. Zur Windkraft gebe es klare Äußerungen der Stadt in der Stellungnahme. Zur Nichterabstufung des Flughafens Paderborn/Lippstadt steht deutlich in der Stellungnahme, dass es begrüßt wird, dass alle Flughäfen als gleichrangig landesbedeutsam festgelegt werden. Die Stellungnahme des Regionalrates fließe sowieso in die Bewertung mit ein. Sie müsse nicht extra bekräftigt werden. Zur Stellungnahme an sich beziehe er sich auf Herrn Nolte, dass es Punkte gebe, mit denen man sich schwer tue. Landesspezifisch stelle sich die Frage der Gesamtentwicklung. Im Land gebe es Bereiche, die demografisch rückläufig sind. Bielefeld sei eine demografisch wachsende Stadt und dürfe daher nicht Begrenzungen ausgesetzt werden. Daher sei man dankbar, dass der LEP hier Öffnungen vorsehe. Die Frage der Windkraft spiele in Bielefeld keine große Rolle. Entscheidend sei, dass man Entwicklungsperspektiven bekomme. Die kleinen Bebauungen mit weniger als 2000 Einwohnern sollten in der Vergangenheit nicht weiterentwickelt werden. Dass dieses herausgenommen wurde, sei auch für Bielefeld eine wichtige Entwicklung. Es mache Sinn an einigen Stellen in der Stadt zu arrondieren und Veränderungen vorzunehmen. Diese Möglichkeit werde jetzt geschaffen, daher finde er es richtig, dass dieses in der Stellungnahme befürwortet wird. Die Stellungnahme trage seine Fraktion mit. Den FDP-Antrag würden sie ablehnen, falls er zur Abstimmung gestellt wird, weil er überflüssig ist.

Auf Nachfrage von Herrn Fortmeier bestätigt Herr Spalek, dass über den Antrag der FDP abgestimmt werden soll.

Über den Antrag der FDP fassen die Gremien folgenden

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss und der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz empfehlen dem Rat zu beschließen:

- 1. Die Stadt Bielefeld begrüßt ausdrücklich die vorgeschlagene Neuformulierung des LEP und die damit einhergehenden Flexibilisierungen, die es der Stadt Bielefeld erlauben, dem dringenden Flächenbedarf für Wohnen und Gewerbe gerecht zu werden. Insbesondere die Aufhebung des 5 ha-Ziels und die damit verbundenen pragmatischen Anpassungen sind eine wichtige Grundlage, Bielefeld als wachsende Stadt besser ausgestalten zu können.**
- 2. Die Stadt Bielefeld begrüßt die Neuregelungen zur Windkraft und die Nicht-Herabstufung des Flughafens Paderborns.**
- 3. Die Stadt Bielefeld schließt sich darüber hinaus der im Sinne der Detmolder Erklärungen von SPD, CDU und FDP im Regionalrat Detmold verfassten und beschlossenen Stellungnahme (Anlage C) an.**

StEA: - einstimmig abgelehnt -
AfUK: - einstimmig abgelehnt -

Über den Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage fassen die Gremien folgenden

Beschluss:

Der Entwurf der vorliegenden Stellungnahme der Stadt Bielefeld zur Änderung des Landesentwicklungsplanes Nordrhein-Westfalen (LEP-NRW) wird zur Kenntnis genommen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Stellungnahme der Stadt Bielefeld gemäß Anlage A an das Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen – Landesplanungsbehörde – abzugeben.

StEA: - einstimmig beschlossen -
AfUK: - einstimmig beschlossen -

-.-.-

Fortmeier
Vorsitzender StEA

Julkowski-Keppler
Vorsitzender AfUK

Ostermann
Schriftführerin